

Aufruf zum Ostermarsch Oberberg 2014

1914 lehrt: Nie wieder Krieg – nie wieder Nationalismus!

In diesem Jahr jährt sich zum hundertsten Mal der Beginn des ersten Weltkrieges, eines vom Deutschen Kaiserreich gewollten Krieges. Preußischer Militarismus, Großmachtstreben und Nationalismus trieben Europa in einen Krieg, der Millionen Menschen das Leben kostete. Neben Kriegsbegeisterung (nicht nur in Deutschland) gab es damals auch eine deutliche Anti-Kriegs-Stimmung. Der Ruf „Die Waffen nieder!“ stammt aus jener Zeit. Für uns gilt er heute noch.

Doch die Staaten der EU und der NATO sind heute hochgerüstet mit dem Ziel, bei Konflikten weltweit militärisch einzugreifen. Europäische Rüstungsunternehmen liefern die Waffen für Kriege und in Krisenregionen in aller Welt; Deutschland ist nach den USA und Russland drittgrößter Rüstungsexporteur; die Staaten der EU verfügen über das drittgrößte Atomwaffen-Arsenal der Welt. Waffenexporte und ungerechte Wirtschaftsbeziehungen sind mit verantwortlich dafür, dass weltweit Millionen Menschen auf der Flucht sind. Doch statt Flüchtlingen Asyl zu gewähren, schottet sich die EU immer stärker ab und lässt zu, dass Hunderte ertrinken beim Versuch, Europa zu erreichen.

100 Jahre nach 1914 ruft wieder ein deutsches Staatsoberhaupt „zu den Waffen“. Bundespräsident Gauck fordert auf der „Sicherheitskonferenz“ in München eine stärkere Bereitschaft zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Wieder hat das mit „Großmacht“ zu tun: Bei „Krisen ferner Weltregionen“ solle „die Bundesrepublik ... sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen“.

Dem setzen wir entgegen: Die Konflikte der Welt können nicht militärisch gelöst werden! Wir fordern, statt dessen Ansätze einer Zivilen Konfliktbearbeitung zu verfolgen. Und dazu gehört auch, an die Ursachen für Konflikte, nämlich die Ungerechtigkeiten der Weltwirtschaftsordnung, heranzugehen. Mit den Unsummen, die Jahr für Jahr für Rüstung verpulvert werden, könnte man dafür sorgen, dass alle Menschen auf der Erde genug zu essen haben. Wie Rüstung und privatwirtschaftliches Interesse an der Aufrechterhaltung von Ungerechtigkeit zusammen hängen, sieht am Beispiel Griechenland: Die EU will Griechenland zum Sparen in allen Bereichen zwingen – außer bei der Rüstung. Die ist nämlich ein gutes Geschäft für deutsche Rüstungsfirmen.

Atomwaffen abschaffen, Atomausstieg durchsetzen!

Unweit von NRW, einer der am dichtest besiedelten Regionen Europas, lagern US-Atomwaffen in niederländischen Volkel, im belgischen Kleine Brogel und in Büchel in Rheinland-Pfalz. Diese Bomben sollen mit Milliardenaufwand modernisiert werden, um ihre Einsatzfähigkeit zu erhöhen.

Wir fordern den Abzug dieser Massenvernichtungswaffen!

Im nordrhein-westfälischen Gronau betreibt die URENCO eine Urananreicherungsanlage, in der Nuklearbrennstoff für Atomkraftwerke hergestellt wird. Ein wichtiger Standort der Zentrifugenforschung und -produktion ist Jülich. In NRW ist damit die Technologie vorhanden, hochangereichertes Uran für Atombomben zu produzieren. Der beabsichtigte Verkauf des URENCO-Konzerns und damit auch der Atomwaffentechnik würde die Gefahr einer weltweiten atomaren Aufrüstung erhöhen. Mit dem Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus und der GNS Atommüll-Konditionierungsanlage in Duisburg sind weitere wichtige Betriebe der Atomwirtschaft in NRW beheimatet.

Der Brennstoff für Atomkraftwerke in ganz Europa, in Brasilien, China und den USA kommt aus unserem Bundesland - Wer den Atomausstieg ernst meint, muss diese Anlagen JETZT schließen!

Rüstung und Militär lösen keine Konflikte. Das Überleben der Menschen ist nur durch Abrüstung und Frieden möglich. Dazu zählt auch der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen - Atomwaffen gehören abgeschafft, Atomkraftwerke abgeschaltet! Dafür demonstrieren wir zu Ostern 2014